

„Wir müssen selbst entscheiden, wer hier bleibt“

Die Koalitionsgespräche gehen in die finale Runde. Sachsens CDU-Ministerpräsident **Michael Kretschmer** ist dabei. Was für ihn ein Muss ist und was möglich bleibt

INTERVIEW VON **FELIX HECK** UND **ANJA MAIER**



Landeschefs
Hendrik Wüst (Ministerpräsident von NRW, CDU, r.), Kai Wegner (Berlin, CDU) und Winfried Kretschmann (BaWü, Grüne, von r. nach l.) schauen auf ihre Budgets



Landesvater
Michael Kretschmer saß 15 Jahre im Bundestag. Seit 2017 ist er sächsischer Ministerpräsident

Herr **Kretschmer**, die erste Phase der Koalitionsverhandlungen ging mit Streit zu Ende. Ist der Zeitplan der Union, bis Ostern

einen Kanzler zu wählen, noch zu halten?

Ich habe viele Koalitionsverhandlungen miterlebt in den vergangenen 20 Jahren

und kann deswegen mit ganz viel Ruhe sagen: Was wir derzeit erleben, ist vollkommen in Ordnung. Dass es unterschied-



liche Auffassungen gibt, ist normal, wenn verschiedene Partner um Lösungen ringen. Ich spüre den gemeinsamen Willen zu einem Politikwechsel. Und ich spüre auch ein wachsendes Vertrauen zwischen den entscheidenden Führungskräften.

Nun verhandelt wieder die 19er-Runde, der Sie angehören. Auf was kommt es bei diesen Gesprächen jetzt an?

Die großen Entscheidungen und Festlegungen für den Politikwechsel können nur die Spitzen einer künftigen Koalition vereinbaren. Es ist ja nicht so, dass die Programme von CDU, CSU und SPD einfach übereinander passen. Das Land ist in vielen Fragen vollkommen zerrissen, die Menschen sind unzufrieden und besorgt. Was aus den Arbeitsgruppen zurückkommt, bestätigt diesen Eindruck. Und das klären wir nun in gemeinsamer Verantwortung für Deutschland.

Sie halten einen Kurswechsel in der Migration für unabdingbar. Was ist Ihnen wichtig?

Die Migrationszahlen müssen dramatisch sinken. 500 000 Schutzsuchende wie in den vergangenen zwei Jahren – das geht nicht mehr. Wir müssen wieder selbst entscheiden können, wer hierbleiben kann und wer gehen muss. Wenn Sie sich das Sondierungspapier anschauen, dann sehen Sie genau diesen Politikwechsel.

Wir sehen aber auch: Die SPD hat in den Verhandlungen aus ultimativen Aussagen der Union bedingte Zusagen gemacht.

Die SPD ist einen großen Schritt auf die Union zugegangen, das war sicher nicht einfach. Wenn wir uns in der Zielsetzung einig sind, werden wir uns im nächsten Schritt auch auf die entsprechenden Instrumente verständigen können.

Genau da hakt es doch! Im Sondierungspapier heißt es etwa kryptisch, Zurückweisungen an den Grenzen werde es nur in Abstimmung mit den Nachbarn geben. Was heißt dieser Satz konkret?

Wir brauchen einen anderen Umgang mit den europäischen Ländern. Mit Bundeskanzler Friedrich Merz werden wir nicht mehr diejenigen in der Europäischen Union sein, die blockieren. Dass wir Maßnahmen mit unseren Nachbarn besprechen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Was passiert, wenn diese Nachbarn nichts halten von Merz' Plänen an der Grenze?

Es gibt nur diesen einen, den gemeinsamen Weg. Wer sich die migrationspolitischen Maßnahmen aus den Koalitionsverhandlungen genau durchliest, wird ein neues gemeinsames Ziel von Union und SPD erkennen.

Einigkeit über die Maßnahmen ist das noch nicht. Wo stehen die Verhandlungen da?

Die zuständige Arbeitsgruppe hat schon sehr viele Maßnahmen geeint. Über einzelne Punkte werden wir uns in der Spitzrunde verständigen. Meine Erfahrung

aus der Regierungsarbeit in Sachsen ist: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Wir werden die Dinge im Detail diskutieren, damit am Ende kein versteckter Dissens die Regierungsarbeit blockiert.

Auch in der Steuerpolitik hat die CDU einen Politikwechsel versprochen. Ausgerechnet in dieser Arbeitsgruppe gab es viele Probleme. Wie wollen Sie die ausräumen?

In Koalitionsgesprächen entstehen viele kluge Gedanken, die zum Teil auch viel Geld kosten. Es ist die unangenehme Aufgabe der Verhandlungsgruppe, diese Ideen am Ende mit der haushaltspolitischen Realität zusammenzubringen. Klar ist: Wir haben einen riesigen Konsolidierungsbedarf. Es braucht Einsparungen.

Steht auch die von der Union versprochene Steuerreform zur Debatte?

Nur ein Deutschland, das wirtschaftlich wächst, hat eine Chance, seine Aufgaben zu schultern. Dafür werden wir eine Steuerreform brauchen. Spielräume, um diese zu finanzieren, müssen wir eben schaffen.

Steuersenkungen bedeuten weniger Einnahmen für die Länder. In welche Lage bringt Sie eine solche Steuerreform?

Man darf da nicht nur von zwölf bis Mittag denken. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, dass Deutschland wieder auf die Beine kommt. Dass wir dafür eine Steuerreform brauchen, ist aus meiner Sicht unstrittig. Genauso unstrittig ist aber auch, dass die Kommunen durch die Leistungsgesetze des Bundes im Sozialbereich unter einer gigantischen Mehrbelastung leiden. Deshalb gilt: Wir Ministerpräsidenten können Maßnahmen, die für die Länder und Kommunen Steuerausfälle bedeuten oder Mehrkosten verursachen, nur zustimmen, wenn der Bund diese Belastungen ausgleicht. Das ist dem ein oder anderen Bundespolitiker vielleicht noch nicht klar. Aber wir Länderchefinnen und -chefs werden darauf bestehen.

Nur wenn Entlastungen kommen, gehen die Länder bei Steuersenkungen mit?

Der Bund muss Steuersenkungen und Kostensteigerungen ausgleichen. Das ist die einheitliche Meinung aller Ministerpräsidenten in Deutschland.

Die Länder erhalten aus dem Sondervermögen 100 Milliarden. Wie lange mussten sie Friedrich Merz bearbeiten, um ihm dieses Zugeständnis abzurufen?

Das ist doch gar nicht die Frage. Die internationale Sicherheitslage hat sich nach der Bundestagswahl noch einmal zugespitzt. Ich teile die Einschätzung, dass es in dieser Situation vor allem darum geht, Handlungsfähigkeit zu beweisen. Deshalb die zusätzlichen Milliarden für die Bundeswehr. Es ist ein großer Erfolg für Friedrich Merz, dass er dafür eine verfassungsändernde Mehrheit in Bundestag und Bundesrat zusammenbekommen hat.

Das beantwortet aber nicht die Frage nach den Milliarden des Sondervermögens. ▶

Wir haben als Länder dem künftigen Bundeskanzler und seiner Sondierungsrunde zwei Punkte sehr deutlich gesagt: Wir verstehen das verteidigungspolitische Ziel und tragen es mit. Aber wir halten gleichzeitig ein Sondervermögen für notwendig, um die Infrastruktur in Deutschland voranzubringen. Es wäre doch nicht vermittelbar, unsere Bundeswehr aufzurüsten und Waffen in die Ukraine zu schicken, ohne auch etwas für die Krankenhäuser und Schulen, die Kitas und Straßen in unserem Land zu tun. Friedrich Merz werden derzeit Dinge unterstellt, die schlicht unzutreffend sind.

Er hat keinen Wortbruch begangen?

Nein, deswegen habe ich es ja gerade noch mal erklärt. Wir hatten schon vor einem Jahr Diskussionen, dass die Länder Änderungen an der Schuldenbremse verlangen. Friedrich Merz hat dem auch nie widersprochen. Jeder, der die vergangenen Wochen verfolgt hat, wird sehen, dass die sicherheitspolitische Lage sich dramatisch verändert hat. Natürlich können wir darüber sprechen, dass das alles bitter ist. Aber wer der Meinung ist, dass Deutschland sich verteidigungspolitisch stärker aufstellen muss, wird auch unseren Weg nachvollziehen können.

Sie wollen Rücksichtnahme auf besondere ostdeutsche Gegebenheiten. Ist damit auch die Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2 gemeint?

An dieser Stelle erinnere ich immer wieder daran, was ich in den vergangenen drei Jahren gesagt habe. Die Sprengung von Nord Stream 1 war ein Anschlag auf Deutschlands Infrastruktur. Es ist nicht zu akzeptieren, dass die Bundesregierung die Öffentlichkeit nicht zu diesen Vorgängen informiert. Und es ist auch nicht nachvollziehbar, dass sie nichts unternommen hat, um diese Pipelines zu sichern, weil wir sie in den nächsten Jahren wieder gebrauchen könnten. Wer von Energie-Diversität spricht, der kann nur zu dem Ergebnis kommen, dass man diese Möglichkeit der Gaslieferung auch nutzt.

Damit stehen Sie allein da: Friedrich Merz und die europäischen Partner sind dagegen.

Gegen was?

Gegen die Inbetriebnahme von Nord Stream.

Diese Frage stellt sich ja aktuell auch gar nicht. Niemand weiß, ob die Pipelines überhaupt funktionsfähig sind, außerdem bleibt die rechtliche Frage ungeklärt. Meine Frage ist eine andere: Was ist bei diesem Anschlag eigentlich geschehen? Und warum wird diese Pipeline nicht gesichert? **Friedrich Merz unterstützt Ihre Forderungen nach mehr Aufklärung wohl nicht.**

Ich kenne kein einziges Zitat von ihm zu diesem Thema. Das ist erst mal eine



steile These von Ihnen!

Er hat sich jedenfalls immer wieder öffentlich gegen eine neue Abhängigkeit von Russland ausgesprochen und in

Die Verhandlungen

19

Spitzenvertreter von Union und SPD sollen Detailfragen klären und den Koalitionsvertrag schreiben

16

Arbeitskreise lieferten ihre Vorschläge fristgerecht ab. Schwierig bleibt es bei den Themen Migration, Finanzen und Soziales

dem Zuge auch Gaslieferungen ab-

256

Bundes- und Landespolitiker verhandelten in den 16 Gruppen

1

Selfie zum Welt-Down-syndrom-Tag findet trotz Fotoverbot den Weg nach draußen

gelehnt. Wie stehen Sie dazu?

Es ist richtig, dass Deutschland seine Abhängigkeit von einzelnen Energielieferanten verringern muss. Wir haben aus der Vergangenheit gelernt, dass eine einseitige Abhängigkeit problematisch sein kann. Deshalb müssen wir pragmatisch bleiben: Energiepolitik muss sich an wirtschaftlichen und versorgungssichernden Notwendigkeiten orientieren. Ich halte es daher für falsch, jegliche Zusammenarbeit mit Russland kategorisch auszuschließen. Langfristig müssen wir alle Optionen offenhalten, wenn es um eine bezahlbare und sichere Energieversorgung geht. Das bedeutet nicht, dass wir zur alten Abhängigkeit zurückkehren, sondern dass wir in einer multipolaren Welt flexibel und souverän agieren. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands darf nicht unter ideologischen Festlegungen leiden.

Der schleswig-holsteinische CDU-Ministerpräsident Daniel Günther will, dass die Union ihr Verhältnis zur Linkspartei überdenkt, damit auch weiterhin Zweidrittelmehrheiten im Bundestag zustande kommen. Was raten Sie Ihrer Partei?

Ich würde dazu raten, dass die Parteien der demokratischen Mitte gemeinsam Probleme lösen.

Das Sondierungspapier verspricht aber eine

Reform der Schuldenbremse. Dafür bräuchte es dann entweder AfD oder Linkspartei.

Ich sehe in den nächsten vier Jahren keine Möglichkeit für eine Verfassungsänderung. Das geben die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag nicht her.

Die CDU hat bei der Bundestagswahl kein einziges ostdeutsches Direktmandat mehr geholt, die AfD dominiert inzwischen ganze Landstriche. Wie lässt sich dieser Trend in den kommenden Jahren umkehren?

Man muss auf das schauen, was aus Sicht der Bevölkerung notwendig und gewünscht ist. Entlang dieser Linie sollte die Union ihre Politik ausrichten. Das kann ich mir bei Volksparteien besser vorstellen als bei Klientelparteien. Deswegen setze ich große Hoffnung in die kommenden vier Jahre.

Geht es dabei auch um die Frage, wie Ostdeutschland in der Bundesregierung vertreten ist?

Selbstverständlich brauchen wir Persönlichkeiten, die als Bundesminister für ostdeutsche Themen stehen. Und wir brauchen den Mut zu anderen Formen der Entscheidungsfindung. Es muss ja nicht gleich ein Volksentscheid sein. Aber mit mehr Bürgerbeteiligung ließe sich bestimmt eine Repräsentationslücke schließen. ■